

# Aus der Isolation an die Front

105 Armeeinghörige wurden positiv auf das Coronavirus getestet. Einmal geheilt, sind sie gefragte Einsatzkräfte.

Lorenz Honegger

Bei der Bekämpfung einer Pandemie ist es eine Unvermeidlichkeit: Früher oder später werden die Helfer selber krank. Diese Tatsache offenbart sich jetzt auch in den Reihen der Schweizer Armee. Am Mittwochmorgen um sechs Uhr belief sich die Zahl der mit dem neuen Coronavirus infizierten Armeeinghörigen auf 105, wie Sprecher Daniel Reist gegenüber CH Media sagt. Damit entfällt eine von hundert bestätigten Coronavirus-Ansteckungen in der Schweiz auf die Armee. Eine klare Zunahme gegenüber vergangener Woche, als Armeechef Thomas Süssli noch von zehn bestätigten Fällen sprach. Immerhin mussten laut Reist nur einzelne Infizierte ins Spital und niemand auf die Intensivstation.

Dass gerade die Schweizer Armee nicht von Ansteckungen verschont bleibt, ist keine Überraschung: Der Oberfeldarzt der Armee betrachtet «enge Zwangsgemeinschaften», wie sie in den Schweizer Kasernen vorherrschen, laut CH-Media-Informationen als Risikofaktor für eine Sars-CoV-2-Infektion. Die Armee verzeichnet in den eigenen Reihen jeweils dreimal so viele Fälle der saisonalen Grippe wie im Rest der Bevölkerung.

## Erste Rückkehrer in den nächsten Tagen

Die mit dem Coronavirus infizierten Armeeinghörigen bleiben ab Symptombeginn während mindestens zehn Tagen isoliert und dürfen frühestens 48 Stunden nach Abklingen der Symptome zurück zur Truppe. «Danach ist ein Einsatz wieder möglich», sagt Armeesprecher Reist. Man rechne in den nächsten Tagen mit den ersten Rückkehrern.

Nach erfolgter Heilung sind die Betroffenen als Einsatzkräfte bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie besonders



Angehörige eines Spitalbataillons der Armee üben den Ernstfall.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

gefragt. Sie sind gemäss aktuellen medizinischen Erkenntnissen immun gegen eine erneute Ansteckung mit dem Virus, können also beispielsweise bei einem Einsatz im Spital keine Patienten, Ärzte oder Pflegefachpersonen mehr anstecken. Der Schritt aus der Isolation an die Front in den Spitälern ist daher naheliegend.

## Immunologe rät zu Test vor erneutem Einsatz

Der Berner Immunologe Martin Bachmann hält den Einsatz geheimer Personen für richtig – nicht nur in der Armee. Es sei essenziell, dass diese in der Wirt-

schaft und im Gesundheitswesen wieder eingesetzt werden könnten. Vor einem Einsatz sei aber der Nachweis notwendig, dass die betreffende Person genügend sogenannte IgG-Antikörper produziert habe; das sind Abwehrstoffe im Blut. Das sei nicht bei jeder Infektion der Fall.

So könne es Coronavirus-Infizierte geben, die keine der typischen Symptome wie Husten oder Fieber aufwiesen und «daher eventuell auch keinen Immunschutz gegen Sars-Cov-2 entwickeln».

Das Berner Inselspital beschaffe zurzeit Schnelltests aus China, um Patienten künftig auf

das Vorhandensein der Antikörper im Blut testen zu können.

Das Hauptziel bleibt aber die Entwicklung eines Impfstoffs. Martin Bachmann und sein Team gehören zu den Tausenden Forschenden weltweit, die sich mit der Entwicklung beschäftigen. «Wir haben einen funktionierenden Impfstoff. Nun braucht es zusätzliche Gelder.» Das Teure an der Entwicklung seien die klinischen Studien und die Produktion.

Ein neu gegründetes Konsortium versuche derzeit, finanzielle Mittel für die Impfstoffentwicklung zu organisieren. Man benötige voraussichtlich

100 Millionen Franken, um innerhalb von sechs bis acht Monaten in Produktion gehen zu können. Das sei eine Investition, die sich lohne: «Wenn die Schweiz nicht selber einen Impfstoff entwickelt, werden wir diesen nicht rechtzeitig bekommen. Der Import scheitert ja bereits bei den Schutzmasken.»

Damit der Kraftakt gelinge, brauche es nicht nur Geld, sondern auch staatliche Flexibilität, sagt Immunologe Bachmann. «Die Behörden und die Swissmedic müssen beim Bewilligungsverfahren schnell agieren und zu Kompromissen bereit sein.»

## EU gibt Medizinalbranche mehr Luft

**Brüssel** Unter dem Eindruck der Coronakrise will die EU den nationalen Gesundheitsbehörden und der Medizinalbranche nicht noch das Leben schwer machen und verzögert die Einführung von neuen Standards um ein Jahr. Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen entsprechenden Vorschlag angekündigt, der von den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament noch abgesegnet werden muss. Damit erhält auch die Schweizer Medtech-Branche etwas Luft.

Ursprünglich hatte die EU-Kommission nämlich angedroht, den Schweizer Medtech-Firmen Ende Mai den EU-Marktzugang einzuschränken, weil es beim institutionellen Rahmenabkommen nicht vorwärtsging. Ohne neue EU-Regeln entfällt diese Drohkulisse aber nun. Die Anerkennung der Schweizer Standards dürfte so lange gültig bleiben, bis die EU ihrerseits ihre neuen Regeln anwendet. (rhe)

## Schärfere Regeln für Einreise

**Bern** Das Einreiseverbot in die Schweiz wurde in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch auf sämtliche Länder ausser Liechtenstein ausgedehnt. Die Einreise wird nur noch Personen gewährt, die wegen ihres Berufs in die Schweiz einreisen müssen, die über ein Aufenthaltsrecht verfügen oder sich in einer absoluten Notsituation befinden. Mit der Massnahme will der Bundesrat den Schutz der Bevölkerung vor dem Coronavirus verstärken und die Kapazitäten im Gesundheitswesen aufrechterhalten, wie das Justiz- und Polizeidepartement schreibt. Das Einreiseverbot hatte zunächst nur für Italien gegolten, wurde dann auf Frankreich, Deutschland, Österreich und später auf Spanien ausgedehnt. Die Einreise kann laut Bund aus Gründen der öffentlichen Gesundheit trotz Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden. (gb)

# Ständeräte beantragen ausserordentliche Parlamentssession

Derzeit regiert der Bundesrat per Notrecht. Das Parlament kann nicht mitreden. Der Ständerat will nun wieder mehr Macht für das Parlament.

Sie wollen das Heft wieder in die Hand nehmen und die ausserordentliche Machtfülle beschränken, die sich in den vergangenen Tagen beim Bundesrat konzentriert hat: 28 Ständerätinnen und Ständeräte aus allen Parteien haben unter Federführung von Pirmin Bischof (CVP, SO), Andrea Caroni (FDP, AR) und Daniel Jositsch (SP, ZH) eine ausserordentliche Parlamentssession beantragt. Dort wollen sie die Notverordnungen diskutieren, die der Bundesrat in den vergangenen Tagen erlassen hat – und selbst allfällige weitere nötige Massnahmen beschliessen. «In der herrschenden ausserordentlichen Notlage soll das Parlament seinen verfassungsmässigen Beitrag zur Überwindung der Krise leisten», hält Pirmin Bischof fest.

Es gehe darum, «Rechtssicherheit zu schaffen und die Gewaltenteilung aufrechtzuerhalten.»

Zuvor hatten National- und Ständerat quasi selbst ihre Macht beschnitten, als sie beschlossen, die Frühlingssession wegen möglicher Ansteckungen im eng bestuhnten Parlamentssaal abzubauen. In den vergangenen Tagen war dann nicht nur von aussen Kritik am ruhenden Parlamentsbetrieb laut geworden. Auch verschiedene National- und Ständeräte äusserten ihren Unmut, dass sie zu den einschneidenden Bundesratsbeschlüssen kein Wort zu sagen haben. Sei es bei den verordneten Ladenschliessungen oder dem Versammlungsverbot. Von einer «Gewaltverschiebung hin zur Exekutive», sprach FDP-National-

«Das Parlament soll die Chance haben, seine eigenen Schlüsse zu ziehen und seine eigene Massnahmen zu treffen.»



Andrea Caroni Ständerat (FDP, AR)

rat Kurt Fluri (SO). FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) befand: «Der Krisenmodus mit notgedrungenen autoritären Zügen» müsse überwunden werden.

## «Es ist kein Misstrauen gegenüber dem Bundesrat»

Auch der Bundesrat hat bereits mitgeteilt, dass er eine ausserordentliche Session beantragt. Dass nun auch noch aus den Reihen des Parlamentes selbst die Session gefordert wird, ist nicht nur ein symbolisches Zeichen. Es gehe auch darum, so Caroni, dass möglichst breit über die Beschlüsse des Bundesrates diskutiert werde. Wenn der Bundesrat die Session beantrage, dürfe vornehmlich nur über das Milliardenpaket und den Armeeeinsatz diskutiert werden. «Wir wol-

len dem Parlament die Chance geben, seine eigenen Schlüsse zu ziehen und falls nötig seine eigenen wirtschafts- oder gesundheitspolitischen Massnahmen zu treffen», sagt Caroni. «Vielleicht kommt das Parlament aber auch zum Schluss, dass es keine andere als die bundesrätlichen Massnahmen braucht.» Denn es gehe nicht um ein Misstrauen gegenüber dem Bundesrat, sondern darum, dass das Parlament «aus der Schockstarre kommt».

Nun sind die Ratsbüros am Zug. Sie berufen die Session ein und entscheiden, wann und wo das Parlament tagen kann. In Betracht gezogen werden derzeit die Messehallen in Bern. Zwar hätte das Parlament auch die Möglichkeit zu verlangen, dass zwingend in drei Wochen bera-

ten werden muss. Doch diese Option haben die Ständeräte verworfen. Getagt werden soll dann, wenn ein Ort vorhanden ist, der den nötigen Abstand zwischen den Parlamentariern zulässt.

Skeptisch zeigt sich Thomas Aeschi. Für den SVP-Fraktionschef ist klar: Solange die Notlage und damit das Versammlungsverbot für mehr als fünf Personen gilt, ist er gegen das Abhalten einer Session. «Im Moment trägt der Bundesrat die Verantwortung.» Noch bis mindestens am 19. April gilt das Versammlungsverbot. Anfang Mai ist Aeschis Meinung nach eine Session allenfalls möglich – abhängig davon, ob die ausserordentliche Lage dann noch gilt oder nicht.

Lucien Fluri